



Aktenzeichen: Pet 1-20-12-9214-000076

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 19.10.2023 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, dass im neuen Bußgeldkatalog Kinder mehr berücksichtigt werden sollen.

Zur Begründung der Petition wird ausgeführt, dass der verkehrsberuhigte Bereich, in dem Kinder gefahrlos spielen können sollten, nicht angepasst worden sei.

Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingestellt. Sie wurde durch 29 Mitzeichnungen unterstützt. Außerdem gingen 17 Diskussionsbeiträge ein.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die Eingabe verwiesen.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Thematik darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter anderem unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss teilt mit, dass die Bundesregierung stets das Ziel hat, die Verkehrssicherheit im Straßenverkehr weiter zu erhöhen. Das betrifft insbesondere die Verkehrssicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer, wie etwa den Schutz der Kinder. Dazu gehört neben präventiven Maßnahmen auch die Schaffung angemessener Sanktionen, denn eine wirksame Sanktionierung von Verkehrsverstößen ist von großer Bedeutung für die Gewährleistung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer.

Die Verhaltensregeln im Straßenverkehr ergeben sich aus der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO). Verstöße gegen die Verkehrsregeln sind in aller Regel Ordnungswidrigkeiten.



Für besonders häufig vorkommende Verkehrsverstöße sind in der Bußgeldkatalog Verordnung Regelsätze für Geldbußen vorgesehen. Neben dem Sanktionsmittel der Geldbuße sieht das Straßenverkehrsgesetz für Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr ein Fahrverbot vor (§ 25 Straßenverkehrsgesetz). Von diesem Sanktionssystem unberührt bleiben mögliche strafrechtliche Konsequenzen bis hin zur Freiheitsstrafe. Kommt es aufgrund eines Verkehrsverstoßes zur Verletzung oder gar Tötung eines Menschen, so können insbesondere die allgemeinen Straftatbestände wie Körperverletzung oder fahrlässige Tötung erfüllt sein.

Welche Höhe der Geldbußen für die jeweiligen Verstöße als angemessen erachtet wird und ob diesbezüglich eine Verschärfung erforderlich ist, wird regelmäßig neu bewertet. Bei einer erneuten Prüfung des Sanktionsniveaus kann auch die Sanktionshöhe der von der Petentin angesprochenen Verstöße zum Schutz der Kinder neu bewertet werden. Maßgebliche Kriterien sind der Vorwurf, der den Täter trifft, und das Gefahrenpotential, das die jeweilige Tat hervorruft. Zu bedenken ist dabei, dass die Bußgeldvorschriften zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit eine angemessene Abstufung der Geldbußen für die verschiedensten im Straßenverkehr auftretenden Ordnungswidrigkeiten sicherstellen müssen.

Zu berücksichtigen ist außerdem, dass zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Einhaltung der Verkehrsregeln nicht allein die Sanktionshöhe, sondern auch die Ahndungsdichte bzw. die Kontrollhäufigkeit entscheidend ist. Die Überwachung und Verfolgung von Verkehrsverstößen obliegt dabei nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes (GG) den Ländern (Artikel 83 und 94 GG). Das bedeutet, dass die zuständigen Landesbehörden in eigener Verantwortung darüber entscheiden, ob, wo, wie oft und mit welchem erforderlichen Einsatz von Personal sie Überwachungsmaßnahmen durchführen. Es wird in diesem Zusammenhang stets auf die große Bedeutung und Dringlichkeit einer wirksamen Verkehrsüberwachung hingewiesen.

Ein darüber hinaus gehender gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht nach alledem derzeit nicht.

Der Petitionsausschuss empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.